

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · März 2017

Deutschland
an der Spitze

Bildung und Forschung sichern
den Wohlstand von morgen

Klare Regeln für soziale Medien

Hassreden, Fake News, Social Bots: Unionsfraktion
beschließt Aktionsplan zum Schutz der Persönlichkeitsrechte

6

Hetze, Lügen und persönliche Verunglimpfungen greifen in sozialen Medien um sich. Die Unionsfraktion hat jetzt zu diesem Problem einen Forderungskatalog beschlossen.



© JGI/Tom Grill/Getty Images

12

Deutschland hat bei den Ausgaben für Bildung und Forschung die Drei-Prozent-Marke der EU erreicht. Für CDU und CSU ist das Ansporn für noch ehrgeizigere Ziele.



© Alexander Raab/Fotolia

18

Für Polizisten und andere Einsatzkräfte gehören tätliche Angriffe oft zum Alltag. Es ist deshalb höchste Zeit, die Strafen für solche Delikte zu verschärfen.



© Anadolu Agency/Getty Images

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Fakten

6

Der Brennpunkt
Klare Regeln für soziale Medien

12

Die Themen
Mit Bildung und Forschung den Wohlstand von morgen sichern

16

Das Gespräch
Sabine Weiss über den »Marshall Plan« für Afrika

18

Die Themen
Schutz für Menschen in Uniform

19

Die Bilder

20

Die Fraktion
Die Junge Gruppe im Porträt

21

Die Antworten
Fragen und Antworten zum Nachtragshaushalt 2016

22

Die Zahlen

23

Der Gast
Anton Börner über Freihandel und drohenden Protektionismus

23

Impressum

24

Das Zitat

Liebe Leserinnen und Leser,

CDU und CSU sind in den vergangenen Wochen bei der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs sehr gut vorangekommen. Angela Merkel ist von den Präsidien beider Parteien zur gemeinsamen Kanzlerkandidatin bestimmt worden.

Das war das wichtigste Resultat des Treffens von München, aber nicht das einzige. Dort wurde deutlich, dass beide Parteien an einem Strang ziehen, um die Wahl zu gewinnen. Mit der Kanzlerin an der Spitze werden wir den Bürgerinnen und Bürgern überzeugend darlegen, wie wir Deutschlands Wohlstand auch in diesen schwierigen Zeiten sichern wollen. Die Union wird zeigen, dass sich die Menschen auf uns verlassen können, dass wir mit Herz und Verstand, Mut und Vernunft das Land bis in das Jahr 2021 führen können.

Ich muss aber immer wieder betonen: Auch wenn die SPD schon in den Wahlkampfmodus geschaltet hat – noch ist die Zeit für Wahlkampf nicht gekommen. Denn wir haben im Bundestag noch wichtige Fragen zu erörtern. Eine Menge Gesetze müssen bis Ende Juni verabschiedet werden. Daher werden wir die SPD immer wieder drängen, die parlamentarische Arbeit nicht ruhen zu lassen. Zum Beispiel werden wir nochmals die Sicherheitsgesetze verschärfen. Wir wollen als Gesetzgeber alles tun, um Terror in unserem Land zu verhindern. Wichtig ist mir auch, dass wir die Angriffe auf Polizisten künftig schärfer ahnden.

Auch über einen weiteren wichtigen Punkt wird noch zu sprechen sein: Die massenhafte Verbreitung von Hasskommentaren und bewussten Falschmeldungen in den sozialen Medien kann nicht hingenommen werden. Die Plattformbetreiber müssen ihren Pflichten zur Löschung von rechtswidrigen Inhalten nachkommen.

Unsere Bundestagsfraktion hat dazu ein Positionspapier verabschiedet. In diesem Magazin werden Sie Einzelheiten dazu erfahren. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode die Pflichten für die Betreiber konkretisieren. Der Bundesjustizminister muss dazu einen Gesetzentwurf vorlegen.

Es geht um den Schutz der politischen Meinungsbildung. Hier muss sich die Koalition noch einmal zusammenraufen. Wir werden darauf achten, dass dies geschieht.

h
Volker Kauder

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



© Laurence Chaperon

Eine Frage der Gerechtigkeit

Die Union hat die besseren Argumente

Wie immer nach der Nominierung eines SPD-Spitzenkandidaten beginnt in Deutschland die Debatte über soziale Gerechtigkeit. Auch wenn für uns Parlamentarier bis zur Sommerpause die Sacharbeit und nicht der Wahlkampf im Mittelpunkt stehen wird, freue ich mich schon sehr auf diese Auseinandersetzungen. Denn auch beim Thema Gerechtigkeit haben CDU und CSU bessere Argumente als unsere politischen Gegner.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, hart arbeitende Menschen bei sprudelnden Steuereinnahmen auch einmal finanziell zu entlasten. Nicht zuletzt dank unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik sind die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und haben immer neue Rekorde erreicht. Deshalb ist aus unserer Sicht jetzt der Zeitpunkt gekommen, eine kräftige Steuersenkung in Angriff zu nehmen. Während SPD, Grüne und Linke schon wieder über Steuererhöhungen nachdenken, wollen wir die Bürger in der nächsten Legislaturperiode um ein Volumen von rund 15 Milliarden Euro pro Jahr entlasten und auch den Soli schrittweise abbauen.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, in guten Zeiten nicht nur zu investieren, sondern auch Schulden zu tilgen, um nachfolgende Generationen zu entlasten. Wann, wenn nicht jetzt soll der Staat den Schuldenberg zumindest ein wenig

»Wir wollen hart arbeitende Menschen finanziell entlasten.«

abbauen, der sich in den vergangenen Jahrzehnten aufgetürmt hat? Mit dem Koalitionspartner ist dieser gerechte Schritt leider nicht zu machen.

Gerecht finden wir es auch, wenn Deutschland nicht für andere Euro-Mitgliedstaaten die Schulden übernehmen muss. Wir sind in Europa und in der Euro-Zone weiterhin zu Solidarität bereit. Doch das ändert nichts daran, dass jedes Land selbst eine eigene verantwortliche Haushaltspolitik verfolgen muss und nicht dauerhaft über seine Verhältnisse leben darf. Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten aus der Vergangenheit lassen an dieser Grundhaltung erhebliche Zweifel aufkommen. Mit der Union wird es weder Euro-Bonds noch eine gemeinsame Haftung für Staatsschulden geben, wie Herr Schulz sie gefordert hat.

Es ist schließlich eine Frage der Gerechtigkeit, dass nur solche Flüchtlinge dauerhaft bei uns bleiben dürfen, die wirklich schutzbedürftig sind. Deutschland hat in der Flüchtlingskrise ein außergewöhnliches Maß an Humanität gezeigt und zeigt dies immer noch. Doch das bedeutet auch, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimat zurückkehren müssen. Die Zurückhaltung, die rot-grüne und rot-rot-grüne Landesregierungen beim Thema Abschiebungen zeigen, gefährdet die Zustimmung der Bevölkerung zu großzügiger Hilfe für wirklich bedrohte Menschen und beschädigt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

CDU und CSU haben allen Grund, den kommenden Auseinandersetzungen optimistisch entgegenzusehen. Wir verfügen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht nur über das bessere personelle Angebot für die Führung der Bundesregierung, sondern auch über die besseren Sachargumente. Das gilt nicht nur, aber ganz sicher auch für das Thema Gerechtigkeit.



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wussten Sie, dass...

...Grundwasser, Seen und Flüsse besser geschützt werden sollen?

Düngemittel sind wichtig für die Produktivität der Landwirtschaft. Sie ernähren die Nutzpflanzen und sichern die Ernten für die Verbraucher. Gleichzeitig muss der Dünger sparsam und nach strengen Regeln ausgebracht werden. Denn der Regen wäscht den Stoff aus dem Boden, womit er ins Grundwasser, in Seen oder Flüsse gelangen kann.

Um das Grund- und Trinkwasser noch besser zu schützen, hat der Bundestag am 16. Februar 2017 das Düngegesetz verschärft. Insbesondere in Gebieten, in denen das Grundwasser bereits belastet ist, muss der Nitratreintrag reduziert werden. Eine ausreichende Versorgung der Pflanzen mit Dünger bleibt aber auch weiterhin möglich. Das Gesetz wird über eine Düngeverordnung umgesetzt, die noch vom Bundesrat gebilligt werden muss.

Vorgesehen sind mehrere Maßnahmen, die verschärfte Anforderungen an die landwirtschaftliche Düngung bedeuten. Beispielsweise soll es wirksamere Kontrollmöglichkeiten für die Behörden geben und eine Verlängerung der Sperrzeiten, in denen keine Düngemittel ausgebracht werden dürfen. Zudem sollen die Düngermengen reduziert werden. Die Bauern müssen beim Düngen einen größeren Abstand zu Gewässern halten. Außerdem müssen sie die Düngemittel sicherer lagern.

 Bundestagsdrucksache
18/7557

...Alleinerziehende mehr staatliche Unterstützung beim Kindesunterhalt erhalten?

Alleinerziehende erziehen ihre Kinder meist unter erschwerten Bedingungen. Diese Situation verschärft sich, wenn ehemalige Partner keinen oder nicht regelmäßigen Kindesunterhalt zahlen. Um dieser besonderen Belastung Rechnung zu tragen, unterstützt der Staat die Betroffenen mit dem sogenannten Unterhaltsvorschuss. Er zahlt in diesen Fällen den Unterhalt und holt ihn sich – soweit möglich – vom eigentlich unterhaltspflichtigen Elternteil zurück.

Nun wird der Unterhaltsvorschuss ausgebaut. Alleinerziehende können die Unterstützung künftig bis zum 18. Lebensjahr ihrer Kinder erhalten. Bislang galt der Anspruch nur bis zum Alter von zwölf Jahren. Zudem wird die bisherige Höchstbezugsdauer von 72 Monaten abgeschafft. Die Sätze sollen je nach Alter zwischen 150 und 268 Euro monatlich liegen.

Die Reform kostet rund 350 Millionen Euro. Nach langen Verhandlungen über die Finanzierung wird der Bund seine Beteiligung von einem Drittel auf 40 Prozent erhöhen, die Länder werden 60 Prozent statt bisher zwei Drittel tragen. Damit ist der Weg für diese wichtige Gesetzesänderung frei. Die Reform wird nach Verabschiedung im Bundestag voraussichtlich zum 1. Juli 2017 in Kraft treten.

 Bundestagsdrucksache
18/11135

...Patienten künftig bessere Hilfsmittel und Therapien erhalten?

Die Zahl der älteren und chronisch kranken Patienten steigt. Sie brauchen zunehmend Hilfen, um ihren Alltag alleine meistern zu können. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelverordnung, das der Bundestag Mitte Februar verabschiedete, bekommen sie künftig eine größere Auswahl an besseren Hilfsmitteln wie Rollstühle, Hörgeräte oder Schuheinlagen. Über den direkten Draht zu den Therapeuten können sie außerdem bei Art und Dauer von Therapien künftig mitbestimmen.

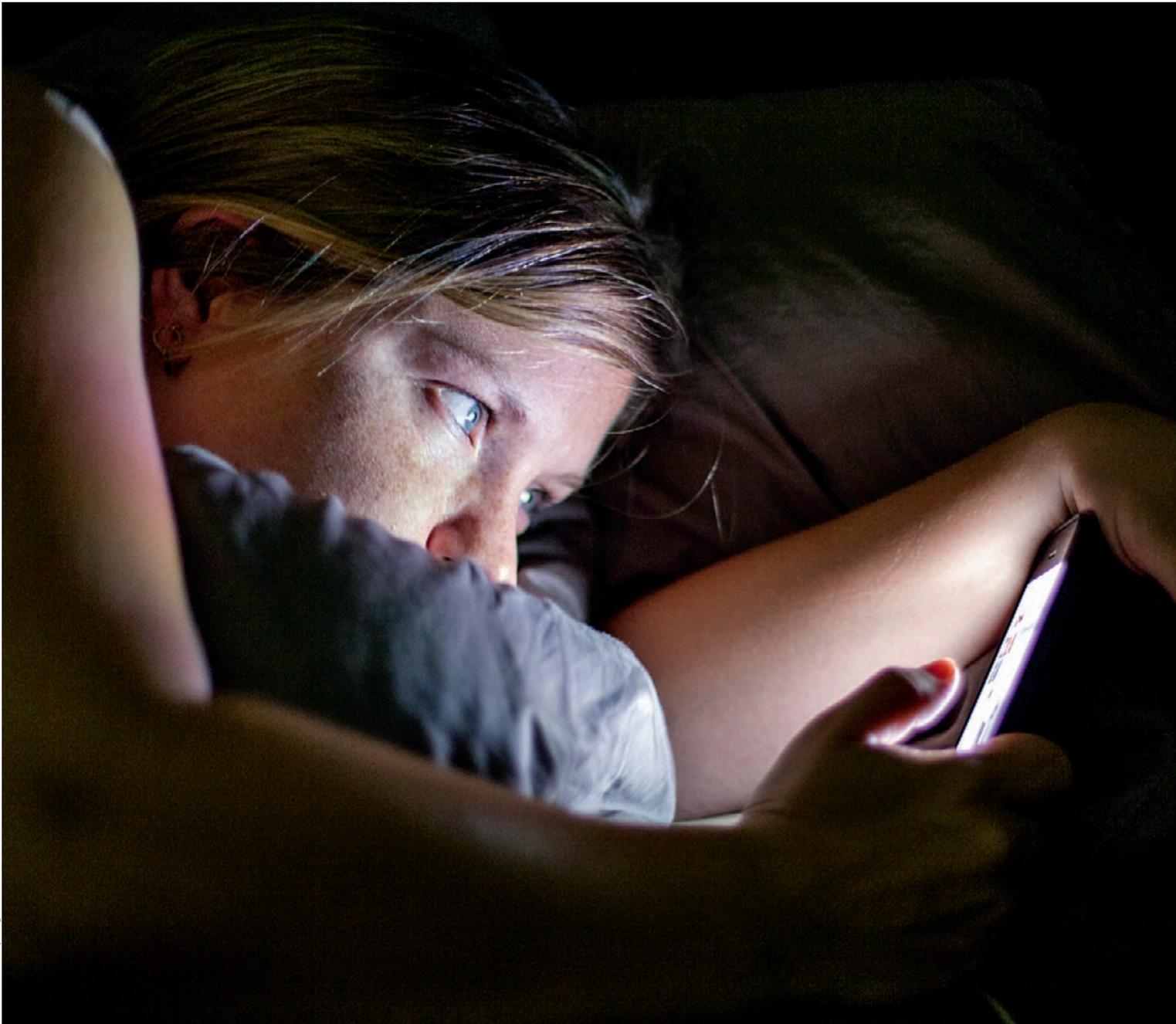
Damit die Patienten bessere Hilfsmittel bekommen, wird das veraltete Verzeichnis mit über 30.000 Produkten grundlegend überarbeitet. Welche Mittel in den Katalog aufgenommen werden, entscheidet sich künftig nicht mehr alleine am Preis, sondern auch an Qualitätsaspekten. Denn in den letzten Jahren hatten sich Versicherte häufig über die Qualität beispielsweise der mehrkostenfreien Inkontinenzunterlagen beschwert. Nun erhalten die Versicherten auch mehr Wahlmöglichkeiten zwischen den Produkten.

Einfacher werden soll auch der Zugang zu Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen. Patienten werden stärker in die Entscheidung über Behandlungsmethode und Dauer der Therapie eingebunden und erhalten dadurch individuellere Zuwendung. Außerdem soll die Vergütungssituation der Therapeuten verbessert werden. Beide Modellprojekte gelten zunächst für drei Jahre und werden danach überprüft.

 Bundestagsdrucksache
18/10186

Klare Regeln für soziale Medien

Hassreden, Fake News, Social Bots: Unionsfraktion
beschließt Aktionsplan zum Schutz der Persönlichkeitsrechte



Der freie Austausch von Meinungen ist ein zentrales Element unserer Demokratie und die Meinungsfreiheit daher grundrechtlich geschützt. Im digitalen Zeitalter findet dieser Austausch zunehmend in den sozialen Netzwerken statt. Facebook etwa zählt 29 Millionen Nutzer allein in Deutschland. Die sozialen Medien eröffnen völlig neue Möglichkeiten der Kommunikation – auch der politischen. Aber Facebook, Twitter und Co. sind im Laufe der Zeit auch zu Plattformen geworden, auf denen gehetzt, denunziert und verleumdet wird. Mit Fake News, Fake Accounts, Fake Followern oder Social Bots können gezielt Meinungen beeinflusst und Trends manipuliert werden – häufig ohne dass es einem großen Teil der Nutzer bewusst ist.

»Strafbares Verhalten ist auch im Netz nicht hinnehmbar.«

Was bedeutet diese Entwicklung für unser gesellschaftliches Miteinander? Ist tatsächlich jede Äußerung im Netz von der Meinungsfreiheit geschützt? Sind Fake News, also bewusst gestreute falsche Inhalte, eine Bedrohung für unsere Demokratie? Und wie steht es um die Rechte der von Hetze Betroffenen?

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Nadine Schön (CDU), hat auf diese Fragen zwei klare Antworten: »Erstens steht außer Frage, dass strafbares Verhalten nicht hinnehmbar ist, auch nicht im Netz. Zweitens ist die Meinungsfreiheit ein sehr hohes Gut. Sie gilt es zu schützen.« Die sozialen Medien hätten in einer Demokratie eine wichtige Rolle, sagt die Digitalpolitikerin, denn jeder Einzelne sei über sie in der Lage, Diskussionen anzustoßen. Daher müsse das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auch für die sozialen Medien gelten. Aber genauso seien auch die Maßstäbe des Bundesverfassungsgerichts bei der Abwägung von Meinungsfreiheit und dem Schutz des Persönlichkeitsrechts anzulegen.

Umgang mit Beschwerden zu intransparent

Nach dem Telemediengesetz sind die Betreiber schon jetzt verpflichtet, rechtswidrige Inhalte zu entfernen, sobald sie von ihnen Kenntnis erhalten. »Aber das passiert in unzureichendem Maße und vor allem auf völlig intransparentem Weg«, kritisiert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stephan Harbarth (CDU). Auch der digitalpolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Jarzombek (CDU), findet: »Justizminister Maas hat über ein Jahr Gespräche am Runden Tisch geführt, aber die Situation ist nach wie vor unbefriedigend.« Für Harbarth ist klar: »Die Beurteilung dessen, was noch von der Meinungsfreiheit gedeckt ist und was nicht mehr, darf nicht den Plattformbetreibern überlassen werden.«

Am Rande eines Fachgesprächs der Union zu diesem Thema schilderte Volker Kauder (CDU), der Vorsitzender der Unionsfraktion, seine Erfahrungen mit Hass im Netz: »Sie sind eine dumme Sau und ich bin Metzger« sei eine typische Anfeindung, wie sie ihm oft begegne. Auseinandersetzungen dürften leidenschaftlich sein, sagt Kauder, aber einige Menschen setzten Beleidigungen mit Emotionen gleich. »Diese Entwicklung dürfen wir nicht hinnehmen. Für das, was auf ihren Plattformen passiert, tragen die Unternehmen eine Mitverantwortung.«

Die Fraktion hat daher einen Aktionsplan beschlossen, der neben dem Schutz der Meinungsfreiheit auch ein verstärktes Vorgehen gegen Hassrede im Netz und den Umgang mit Social Bots – d.h. automatisierten Programmen, die im Netz Meinungen und Kommentare verbreiten – thematisiert.

Menschen werden in sozialen Netzwerken immer wieder auf übelste Weise beschimpft und verleumdet. Die Betreiber der Plattformen müssen entschiedener als bisher gegen solche Auswüchse vorgehen.

Diffamieren – Manipulieren – Verzerren

Wie Meinungsroboter die politische Debatte beeinflussen



Oft ist unklar, wer sich hinter den künstlichen Social Bots verbirgt, die durch soziale Netzwerke geistern.

© Gangis Khan/Thinkstock

Sie können Menschen diffamieren, das Kaufverhalten beeinflussen und politische Debatten verzerren: Meinungsroboter, die sich in sozialen Netzwerken breit machen. Definiert werden die Social Bots als Computerprogramme, die zum Zwecke der Manipulation eine menschliche Identität vortäuschen und im Internet wie Menschen kommunizieren. Der Ukraine-Konflikt, die Brexit-Kampagne und der US-Wahlkampf: Dies sind Beispiele für Situationen, in denen Social Bots bereits in großem Stil eingesetzt wurden.

Manipulative Techniken im Internet sind nicht neu. So werden Spam-Mails verschickt, um User auf Websites

zu locken, oder menschliche Akteure – sogenannte Trolle – eingesetzt, um die Meinungsbildung in den sozialen Medien gezielt zu beeinflussen. Nun kommen die Meinungsroboter hinzu, die je nach technischer Entwicklungsstufe unterschiedlich glaubhaft agieren. Einfache Social Bots können lediglich Bilder posten oder Kommentare retweeten, komplexere Modelle können Texte analysieren und sich in Dialoge einschalten. Allen gemeinsam ist, dass ihre Urheber nur schwer identifiziert oder rückverfolgt werden können. Die technischen Möglichkeiten zur Enttarnung eines Roboters befinden sich noch im Entwicklungsstadium.

Wie sehr Social Bots tatsächlich politische Entscheidungsprozesse beeinflussen können, ist noch nicht ganz geklärt. Voraussetzung wäre etwa ein Kopf-an-Kopf-Rennen zweier Parteien, bei denen die Social Bots mit gezielter Werbung für die eine das Zünglein an der Waage sein könnten. Auf jeden Fall können die Roboter die Debattenkultur im Internet verändern, indem sie Meinungstrends verstärken oder mittels der Verbreitung von Falschmeldungen das Klima vergiften. Da Social Bots als solche nicht erkennbar sind, haben sie auch das Potenzial, das Vertrauen in die Demokratie zu untergraben.

Der Politikwissenschaftler Simon Hegelich, der das Phänomen für die Konrad-Adenauer-Stiftung untersucht hat, rät zu Gelassenheit im Umgang mit Social Bots: »Alle Studien sprechen dagegen, dass jemand seine politische Überzeugung ändert, nur weil er eine Nachricht in den sozialen Netzwerken sieht.« Subtilere Arten der Manipulation seien aber möglich. So könnten sich durch die massenhafte Verbreitung extremer Inhalte gemäßigte Personen aus der politischen Diskussion zurückziehen. Menschen, die eine radikal konträre Position zu der verbreiteten einnehmen, fühlten sich herausgefordert. Das Diskussionsklima heiße sich auf. Auch könnten Politiker sich verleitet fühlen, auf Trends einzugehen, die nur von den Robotern vorgetäuscht würden.

Dabei gehe es nicht darum, die Grenzen der Meinungsfreiheit enger zu ziehen oder Politik gegen Angriffe zu immunisieren, betont Fraktionsvize Harbarth. »Wer in der Politik ist, muss viel aushalten, wobei auch das seine Grenzen hat.« Doch ihn beunruhige vor allem, dass zunehmend Bürger von Verleumdung, übler Nachrede oder Stalking betroffen seien. Hansjörg Durz (CDU), Mitglied im Bundestagsausschuss Digitale Agenda, verweist auf die vielen Ehrenamtlichen, auf die »eingedroschen« würde und die sich dann häufig hilflos zurückzögen. »Da müssen wir unbedingt gegensteuern«, fordert der Politiker.

Über Löschbegehren innerhalb von 24 Stunden entscheiden

»Wir schlagen einen Maßnahmenmix vor«, erklärt Nadine Schön den Plan der Union. Dazu zählten eine Selbstregulierung der Plattformbetreiber – vergleichbar jener beim Jugendmedienschutz – und eine maßvolle Verschärfung von Vorschriften im Telemediengesetz sowie im Straf- und Zivilrecht. Außerdem müsse die Debattenkultur in den Netzwerken gestärkt werden. So müsse etwa über Löschbegehren innerhalb von 24 Stunden transparent entschieden werden. Hierfür sollen die Plattformbetreiber leicht zugängliche Beschwerdesysteme aufbauen. Kommen sie ihren Verpflichtungen nicht nach, sollen Bußgelder drohen.

Wichtig sei ebenfalls, dass Opfer von Hass die Identität des Urhebers erfahren, meint Rechtspolitiker Harbarth: »In der realen Welt kann ich das in vielen Fällen nachvollziehen, wenn am Stammtisch einer den anderen beleidigt. In der digitalen Welt muss die Maske entfernt werden, hinter der viele Angriffe geführt werden.« Auch der Beleidigungstatbestand müsse an das Netz angepasst werden und Persönlichkeitsverletzungen zu deutlich höheren Schmerzensgeldansprüchen führen. »Eine Beleidigung im Netz verschwindet

»In der digitalen Welt muss die Maske entfernt werden.«

Kommunikation im Internet gehört für viele Menschen mittlerweile zum Alltag. Auch dafür müssen klare Regeln gelten.



© Rawpixel/Thinkstock

nie wieder und verfolgt ein Opfer möglicherweise sein Leben lang«, erklären Schön und Harbarth die besondere Schutzwürdigkeit der Betroffenen.

Besserer Schutz der Mitarbeiter in Prüfstellen

Thomas Jarzombek verweist auf die Situation der Mitarbeiter, die für die Prüfung von Inhalten zuständig sind: »Diese Menschen sind permanent massiven psychischen Belastungen ausgesetzt. Aber bei den Arbeitszeiten und -bedingungen wird darauf keine Rücksicht genommen. Das geht gar nicht.« Vor allem die Arbeitszeiten, in denen diese Mitarbeiter mit belastendem Material zu tun hätten, müssten klar begrenzt werden.

Beim Umgang mit Fake News kommt erschwerend hinzu, dass sich immer mehr Menschen über das Internet informieren. Dies gilt vor allem für Jugendliche. Laut einer Studie der kalifornischen Stanford-Universität können 80 Prozent der Jugendlichen Nachrichten nicht von Werbung und damit gekaufte nicht von journalistischen Inhalten unterscheiden. »Kinder und Jugendliche müssen viel früher lernen, wie soziale Medien funktionieren«, ist Nadine Schön überzeugt. Ihr Kollege Jarzombek bekräftigt: »Wir müssen insgesamt mehr Bewusstsein für die Problematik schaffen. Mehr Bewusstsein schafft dann auch mehr Medienkompetenz.«

»Früher lernen,
wie soziale Medien
funktionieren«

»Putin geht es um die Spaltung der EU«

Der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl über Manipulationen im Netz und Warnungen vor Attacken im Bundestagswahlkampf

Herr Uhl, welche Hinweise haben Sie darauf, dass Russland versucht, den Bundestagswahlkampf zu beeinflussen?

Uhl: Die Attacken auf die Demokraten im US-Wahlkampf, Hackerangriffe auf den Bundestag 2015 und die OSZE Ende 2016 sprechen eine klare Sprache. Auch die deutschen Dienste und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) warnen uns als Abgeordnete vor Angriffen. Die NATO und der Auswärtige Dienst der EU haben Task Forces eingerichtet und beobachten die russischen Aktivitäten so genau wie möglich. Auch von dieser Seite kommen verstärkt Warnungen vor Attacken im anstehenden Bundestagswahlkampf.

Welcher Methoden bedient sich der Kreml?

Uhl: Das Instrumentarium ist sehr breit gefächert, wird aber von den Diensten und den erwähnten Task Forces immer besser enttarnt. Neben Hackerattacken höre ich von Trollfabriken,

aus denen Angestellte Social Media gezielt mit kremlfreundlichen Kommentaren fluten. Fake News werden gestreut und für einen großen Rezipientenkreis zugänglich gemacht. Aber auch über die finanzstarken russischen Auslandsmedien »Russia Today« und das Nachrichtenportal »Sputnik« werden europafeindliche und russlandfreundliche Berichte unters Volk gebracht. Ganz zu schweigen von der Unterstützung europäischer Parteien am rechten und linken Rand. Auch der enge Austausch zwischen Kreml und Teilen der AfD und den Linken ist durch die Recherchen von deutschen Qualitätsmedien gut dokumentiert.

Was bezweckt Russland mit seinen Manipulationsversuchen?

Uhl: Kurzfristig ist Putins Ziel, ganz klar den europäischen Konsens in der Sanktionspolitik gegen Russland aufzubrechen. Im Fokus der russischen Attacken stehen vor allem Deutschland

Recht auf Gegendarstellung gefordert

Darüber hinaus fordert die CDU/CSU-Fraktion, ein Recht auf Gegendarstellung nach dem Vorbild des Presserechts zu prüfen. Hansjörg Durz: »Wenn Fake News identifiziert sind, sollten diese auch als solche gekennzeichnet werden und den Nutzern sollten auch Richtigstellungen zu den Fake News angezeigt werden.« Facebook selbst hat bestätigt, dass dies auch nachträglich noch möglich sei.

Mehr Transparenz – etwa durch Kennzeichnung – fordert die Union von den Anbietern auch im Hinblick auf Social Bots. »Sie können allein durch ihre Masse Statistiken und Trends manipulieren und so regelrechte Kampagnen auslösen. Das konnten wir zuletzt im US-Wahlkampf beobachten«, warnt Fraktionsvize Schön. Besonders problematisch sei, dass der Nutzer nicht zwischen Mensch und Maschine unterscheiden könne. Viele wüssten gar nicht, dass nicht alle Posts, Tweets und Kommentare in sozialen Medien »echt« seien. »Wir müssen die Bürger noch stärker für das Thema sensibilisieren«, fordert daher auch Harbarth.

Der Fraktionsvorsitzende Kauder begrüßt in diesem Zusammenhang die Bereitschaft von Facebook, sich zunehmend der eigenen Verantwortung zu stellen. So will das Unternehmen nun gefälschte Beiträge identifizieren und mit Warnhinweisen versehen. Dabei wird Facebook mit dem gemeinnützigen Recherchebüro »Correctiv« zusammenarbeiten – immerhin ein erster Schritt.

Hans-Peter Uhl
Justiziar der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

und Angela Merkel. Die Kanzlerin steht symbolisch für einen harten Kurs in den Beziehungen zur Russischen Föderation. Schwächt man ihre Position, wird eine einstimmige Verlängerung der EU-Sanktionen unwahrscheinlicher. Langfristig geht es um die Spaltung der EU und um den Sieg des russischen Wertemodells im Kampf gegen den Westen. Putin kann sein Großmachtstreben und die Idee von einer Eurasischen Union nur gegen ein schwaches Europa durchsetzen.

Nach dem Hackerangriff vor zwei Jahren: Ist der Bundestag nun ausreichend geschützt?

Uhl: Schon im Jahr 2011 habe ich der Bundestagsverwaltung meine Zweifel an der Sicherheit der IT-Infrastruktur mitgeteilt. Damals bestand wohl noch kein ausreichendes Problembewusstsein für Cyberangriffe. Heute wissen wir, dass es Lücken gab. Deshalb haben wir uns intensiv mit der Thematik im Ältestenrat beschäftigt. Die gesamte Architektur des Bundestags-Netzwerkes wurde gemein-



© Henning Schacht – berlinpressphoto

sam von der Bundestags-IT und dem BSI überarbeitet und in Teilen neu aufgesetzt. Außerdem haben wir im Ältestenrat mehr Mittel für Sicherheitssoftware und Personal zur Verfügung gestellt, um einen robusten Schutz vor Angriffen zu gewährleisten.

Mit Bildung und Forschung den Wohlstand von morgen sichern

Deutschland in den Ranglisten für Innovationsführer weit vorn

Die Bilanz ist beeindruckend: Seit die Union 2005 die Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung übernommen hat, erreicht der Etat jedes Jahr neue Rekordmarken. 2017 liegt er bei rund 17,6 Milliarden Euro, was erneut ein Plus von 7,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das Geld ist hervorragend angelegt. Denn Deutschland braucht als rohstoffarmes Land kluge Köpfe, wenn es in der globalen Wissensgesellschaft weiter eine führende Rolle spielen will. Bildung und Forschung sind die Grundlage für Innovation. Und die Innovationskraft unserer Wirtschaft ist die Voraussetzung für den Wohlstand von morgen.

Unionsfraktionsvize Michael Kretschmer (CDU) verweist darauf, dass Deutschland in einer Vergleichsstudie der Europäischen Kommission an der Spitze der Gruppe der Innovationsführer steht und in der Rangliste des Weltwirtschaftsforums für diesen Bereich sogar auf Rang vier von 140 Ländern. »Und die Zahl weltmarktrelevanter Patente im Verhältnis zu den Einwohnern ist bei uns mehr als doppelt so hoch wie in den USA«, erklärt Kretschmer.

Bildungsstand der Menschen hat sich verbessert

Wirtschaft und Staat geben gegenwärtig rund drei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung aus und haben damit die entsprechende Zielmarke der EU erreicht. Für Albert Rupprecht (CSU), den bildungs- und forschungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, ist das ein Ansporn, sich noch ehrgeizigere Ziele zu setzen. »Wir müssen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung mittelfristig auf 3,5 Prozent des BIP anheben, um unsere Innovationskraft und damit Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern«, verlangt

»Wir müssen die Ausgaben auf 3,5 Prozent des BIP anheben.«

Rupprecht. »Wir wollen den Wissenschaftsstandort noch attraktiver für die Nobelpreisträger von morgen machen.« Dabei könne man an die bisherigen Erfolge anknüpfen. »Deutschland gehört heute zu den führenden Innovationsstandor-

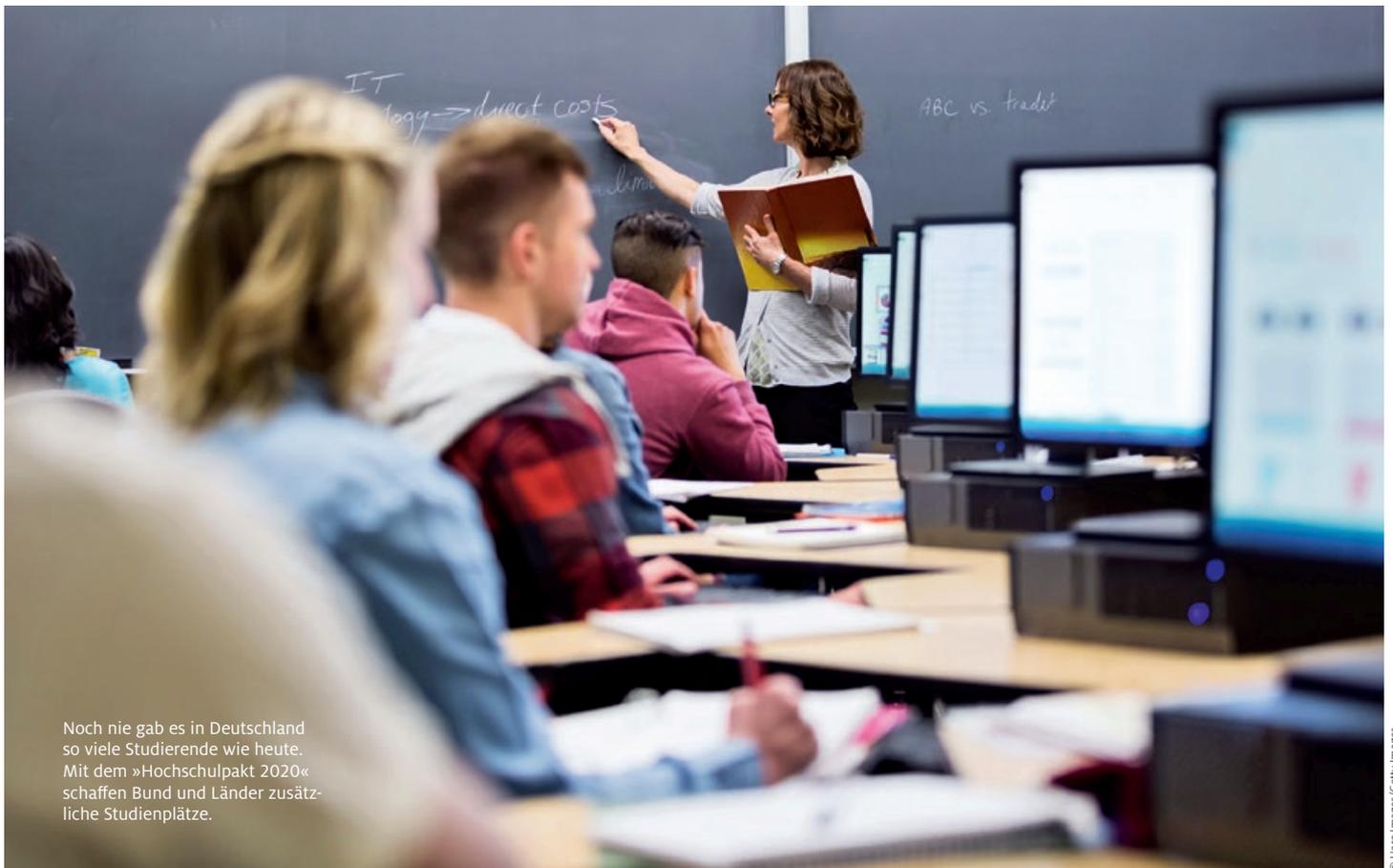




Die Forschung zu Gesundheit und Lebenswissenschaften gehört zu den Bereichen, die nach Überzeugung der Unionsfraktion besonders gefördert werden sollen.

© Alexander Rathus/Fotolia





Noch nie gab es in Deutschland so viele Studierende wie heute. Mit dem »Hochschulpakt 2020« schaffen Bund und Länder zusätzliche Studienplätze.

© Hero Images/Getty Images

ten weltweit«, sagt Rupprecht. Der Bildungsstand der Menschen insgesamt habe sich deutlich verbessert und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sinke weiter.

Für die zuständige Berichterstatterin im Haushaltsausschuss, Anette Hübing (CDU), war es schon immer ein zentrales Anliegen der Union, den Menschen die jeweils passenden Bildungswege zu eröffnen. »Das heißt: Weg vom Primat, dass es immer mehr Studierende um jeden Preis geben muss.« Oft führe das nur zu hohen Abbruchquoten.

»Die Union steht vielmehr für eine klare Wertschätzung der Berufsausbildung.« Das duale System Deutschlands bei der Berufsausbildung hat weltweit immer noch Vorbildcharakter.

Qualität statt Quantität

In der Unionsfraktion wurden auch bereits konkrete Ideen entwickelt, wofür die Mittel bei einer weiteren Steigerung des Etats für Bildung und Forschung verwendet werden sollen. Dabei soll nicht das Gießkannen-Prinzip gelten, sondern eine klare Prioritätensetzung erfolgen. Qualität statt Quantität lautet das Leitmotiv. Als besonders förderungswürdig gelten zum Beispiel die Bereiche Digitalisierung, Mobilität, Gesundheit/Lebenswissenschaften, Energie/Nachhaltigkeit, Sicherheit und autonome Systeme/Robotik. »So wollen wir auch unseren Beitrag zu den internationalen Anstrengungen verstärken, den Krebs zu besiegen«, sagt Rupprecht.

Aber auch in anderen Bereichen hat die Gesundheitsforschung zentrale Bedeutung. So unterstützt die Uni-

onsfraktion die Bildung von großen medizinischen Zentren, um Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen besser zu bekämpfen. Angestoßen wurde auch ein neues Förderprogramm, das Innovationen in der Medizintechnik schneller auf den Markt und zum Patienten bringt.

»Auch in Deutschland dauert es bisweilen zu lange, bis aus Ergebnissen der Forschung erfolgreiche Innovationen werden«, kritisiert Rupprecht. Deshalb sei es wichtig, den Transfer von der

Grundlagenforschung zur Anwendung in der Medizintechnik zu verbessern. Genau hier setzt das neue Fachprogramm »Patientenversorgung verbessern – Innovationskraft stärken« an, das in den ersten fünf Jahren über einen Etat von 240 Millionen Euro verfügt. »Dieses Fachprogramm ist ein hervorragendes Beispiel für den erfolgreichen Einsatz der unionsgeführten Bundesregierung für eine ergebnisorientierte Forschungs- und Innovationspolitik in Deutschland«, sagt Rupprecht.

Unter Führung von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) wurde aus der zeitlich befristeten »Exzellenzinitiative« die langfristig angelegte »Exzellenzstrategie«. Mit ihr sollen die besten deutschen Universitäten weiter an die Weltspitze geführt werden. Das Programm zur Förderung von 1.000 zusätzlichen Tenure-Track-Professuren – Bewährungsstellen vor einer festen Professur – verbessert die Karriereöglichkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses. Und mit der Initiative »Innovative Hochschule« werden Fachhochschulen sowie kleine und mittlere Universitäten dabei unterstützt, den Ideen-, Wissens-

»Die Union steht für eine klare Wertschätzung der Berufsausbildung.«

und Technologietransfer auszubauen. In den nächsten zehn Jahren wird allein der Bund über fünf Milliarden Euro für diese drei neuen Initiativen investieren.

Mehr Studienplätze – mehr Mittel für die Lehre

Noch nie gab es so viele Studierende in Deutschland wie heute und die Zahl der Studienanfänger bleibt unverändert hoch. Mit dem »Hochschulpakt 2020« schaffen Bund und Länder deshalb zusätzliche Studienplätze. Bis 2023 wird allein der Bund dafür rund 20 Milliarden Euro bereitstellen. Weitere zwei Milliarden Euro investiert der Bund bis 2020 für den »Qualitätspakt Lehre«.

Seit Anfang 2015 hat der Bund zudem die BAföG-Kosten vollständig übernommen. Damit stehen den Ländern jedes Jahr rund 1,17 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung, die sie insbesondere auch für Hochschulen verwenden sollen. Zum 1. August 2016 hat die Koalition die BAföG-Leistungen spürbar erhöht und ausgebaut. So wurden die Bedarfssätze und die Einkommensfreibeträge um jeweils sieben Prozent angehoben. Die individuellen Förderungsbeträge stiegen deutlich und die Zahl der Geförderten stieg um rund 110.000 Studierende und Schüler. Weitere Verbesserungen gibt es unter anderem beim Vermögensfreibetrag, dem Kinderbetreuungszuschlag und bei der Mobilität.

Spitzenforschung stärken

Neben der Förderung der Hochschulen in der Breite legt die Unionsfraktion großen Wert darauf, mit der »Exzellenzinitiative« und der »Exzellenzstrategie« die Spitzenforschung zu stärken. Dabei nutzen Bund und Länder zum ersten Mal den Spielraum, den der neue Artikel 91b des Grundgesetzes bietet: Die Unterstützung der Hochschulen kann jetzt langfristig erfolgen. Die Fraktion blickt mit Stolz auf die Leistungen und Erfolge in der Bildungs- und Forschungspolitik zurück. Auch in der nächsten Legislaturperiode werden diese Themen für CDU und CSU zentrale Bedeutung haben.

Begeisterung für MINT wecken

Unionsfraktion wirbt für mehr Bildung in Naturwissenschaften und Technik

Attraktive Produkte, Spitzenforschung und Innovationsfähigkeit sind die Stärken der deutschen Wirtschaft. Um diesen Vorsprung zu halten und auszubauen, braucht Deutschland hochqualifizierte Fachkräfte, insbesondere in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz: MINT.

Idealerweise wird die Begeisterung für MINT bereits im frühen Kindesalter geweckt. Neben den Eltern geben dafür vor allem die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas erste wichtige Anregungen. Später sollte in der Schule das Interesse an den MINT-Fächern wachgehalten und weiterentwickelt werden. Leider gibt es derzeit zu wenige Lehrkräfte, die in den MINT-Fächern ausgebildet sind, so dass oft fachfremde Lehrer darin unterrichten müssen. Besonders deutlich ist der Mangel an Berufsschulen, wo MINT-Lehrkräfte für die duale Ausbildung dringend gebraucht werden. Auch im Handwerk bleiben Ausbildungsstellen im MINT-Bereich zunehmend unbesetzt.

Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Fraktion mit Nachdruck dafür ein, die MINT-Bildung in Deutschland gezielt zu intensivieren. Ein Ansatzpunkt ist beispielsweise, für bestehende MINT-Initiativen zu werben und ihnen mehr Öffentlichkeit zu verschaffen. Über »MINT Zukunft schaffen«, »Komm, mach MINT« und »tecopedia« findet man bereits rund 15.000 entsprechende Angebote. Noch aber fehlt eine einheitliche, für Lehrer, Schüler und Studenten leicht zugängliche, überschaubare Präsentation aller Initiativen. Außerdem soll ein bundesweites MINT-E-Portal eingerichtet werden, auf dem sich die zahlreichen lokalen und regionalen Angebote präsentieren. Dort können Kontakte zur Wirtschaft und zu Schulen geknüpft und Vernetzungen zwischen den Initiativen angeregt werden.

Früh übt sich: Das Interesse für physikalische Vorgänge wird idealerweise schon im Kindesalter geweckt.



Ein Kontinent mit neuen Chancen

Sabine Weiss über den »Marshall-Plan« für Afrika

Afrika ist ein Kontinent mit vielen Gesichtern. Einige Staaten gehören zu den Ländern mit den weltweit höchsten Wachstumsraten – wobei das Ausgangsniveau oft noch sehr niedrig ist. Aber auch Armut und Hunger, Korruption und schlechte Regierungsführung sind noch immer weit verbreitet. Rund eine Milliarde Menschen leben derzeit in Afrika. Ihr Durchschnittsalter beträgt 18 Jahre. Wenn gerade junge Menschen in ihrer Heimat keine Perspektive sehen, werden sich viele von ihnen auf den Weg nach Europa machen. Nicht zuletzt deshalb will Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) einen Marshall-Plan für Afrika auf den Weg bringen. »Fraktion direkt« sprach mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Sabine Weiss (CDU), über das Vorhaben.

Frau Weiss, nach dem Zweiten Weltkrieg hat der damalige US-Außenminister George C. Marshall einen Wiederaufbauplan für das verelendete Europa vorgelegt – den sogenannten Marshall-Plan. Kann man die Situationen damals in Europa und heute in Afrika vergleichen?

Ja und Nein! Damals und heute war und ist eine große konzentrierte Anstrengung nötig, um einem Kontinent auf die Beine zu helfen. Ebenso, dass dies im eigenen Interesse ist, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch. Ganz anders ist die Ausgangslage. Damals traf der Plan auf europäische Gesellschaften mit gut ausgebildeten Menschen und einem hohen Bestand an Know-How. In Afrika geht es um die Lösung interner Entwicklungsprobleme in 54 Staaten. Die Grundlagen für einen Aufschwung sind dabei höchst unterschiedlich ausgeprägt.

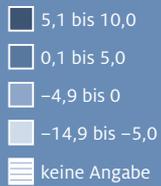
Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika gibt es nicht erst seit gestern. Was ist bislang falsch gemacht worden?

Weniger als man denkt! In mehr als 50 Jahren Entwicklungspolitik sind viele Schulen und Gesundheitsstationen gebaut, viele Gemeinden mit einer geregelten Wasserver- und Abwasserentsorgung ausgestattet worden. Millionen Kinder sind geimpft worden. Die Kinder- und Müttersterblichkeit ist deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig macht ein sehr hohes Bevölkerungswachstum die Aufgabe aber schwerer. Zugestehen müssen wir, manche Bereiche vernachlässigt zu haben. Wir haben übersehen, dass die Landwirtschaft hohes Potenzial hat und ausgebaut werden muss. Wir haben zu wenig darauf geachtet, auch Arbeitsplätze für die wachsende Jugend Afrikas zu schaffen. Und wir haben zu viele reformunwillige Länder ohne Chance auf Erfolg unterstützt. Der Marshall-Plan sollte sich daher auf Reformstaaten konzentrieren, in denen auch die eigene Regierung im Interesse ihrer Menschen handelt und nicht gegen diese.

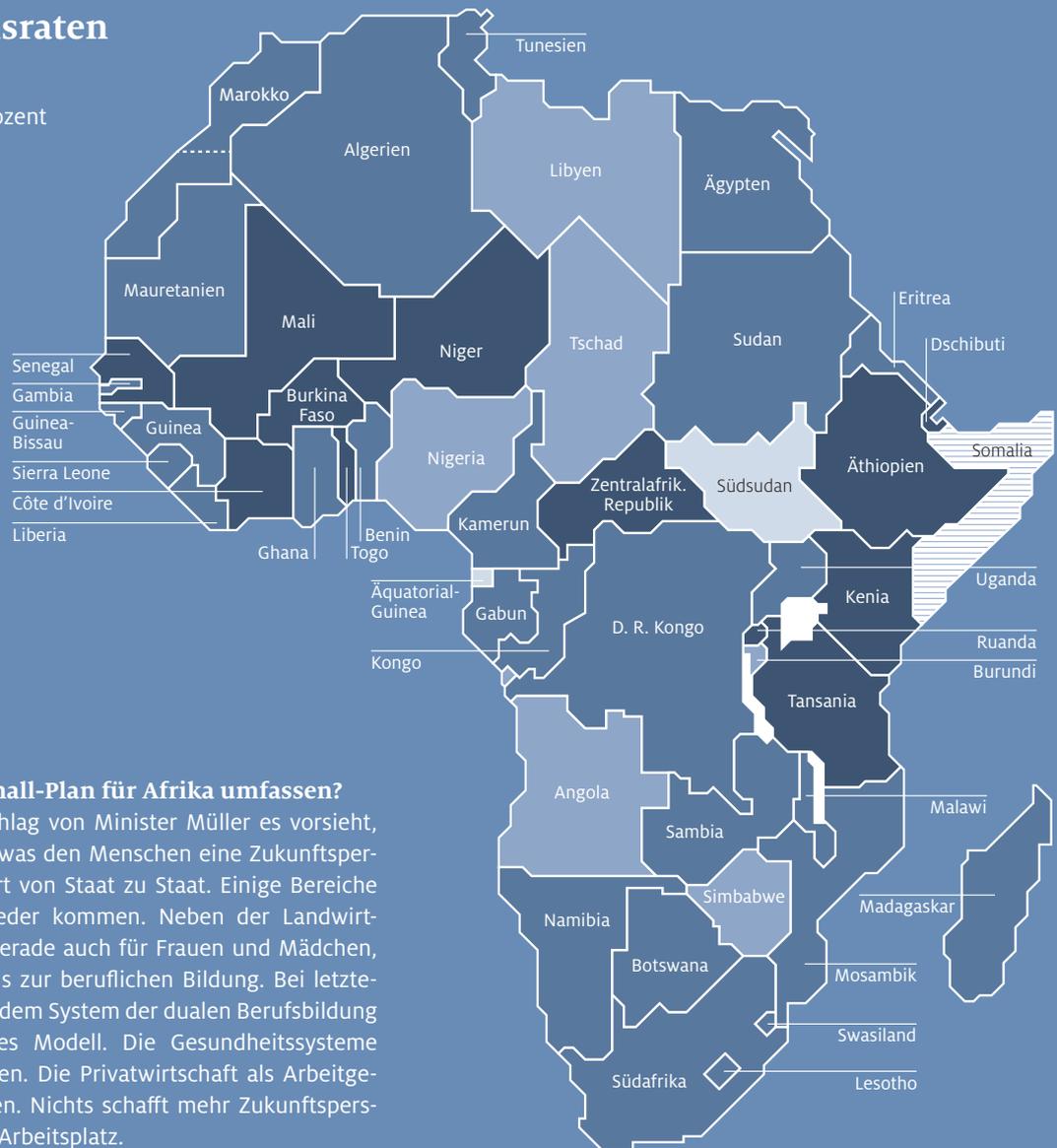


BIP-Wachstumsraten in Afrika

Veränderung 2016 in Prozent



Quelle: IWF, Oktober 2016



Was müsste ein Marshall-Plan für Afrika umfassen?

Wie der sehr gute Vorschlag von Minister Müller es vorsieht, muss er alles umfassen, was den Menschen eine Zukunftsperspektive gibt. Das variiert von Staat zu Staat. Einige Bereiche werden aber immer wieder kommen. Neben der Landwirtschaft ist dies Bildung, gerade auch für Frauen und Mädchen, von der Grundbildung bis zur beruflichen Bildung. Bei letzterem hat Deutschland mit dem System der dualen Berufsbildung ein weltweit anerkanntes Modell. Die Gesundheitssysteme müssen ausgebaut werden. Die Privatwirtschaft als Arbeitgeber muss gestärkt werden. Nichts schafft mehr Zukunftsperspektiven als ein sicherer Arbeitsplatz.

Welche Gegenleistungen erwartet Europa von den afrikanischen Staaten, die gefördert werden?

Es geht nicht um Gegenleistungen eins zu eins. Dennoch sollten beide Seiten aber Nutzen daraus ziehen. Für uns hat erfolgreiche Entwicklung in Afrika nicht nur aus menschlichen, sondern auch aus politischen Gründen einen hohen Wert. Sie beugt Krisen und Konflikten vor, deren Auswirkungen uns sonst auch betreffen würden. Falls Sie mit der Gegenleistung auf die Rücknahme von Flüchtlingen anspielen, würde ich sagen, dass so etwas natürlich Teil des Beziehungsgeflechts ist, bei dem es insgesamt einen Interessenausgleich geben muss. Gute Beziehungen erfordern Kooperation und nicht Obstruktion.

Die jungen Menschen in Afrika brauchen vor allem Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Ist es nicht Aufgabe der Wirtschaft, solche zu schaffen?

Das stimmt, aber sie braucht dazu Unterstützung. Das können Kreditlinien sein, die Finanzierung von Infrastruktur oder die Reform des Justizsektors, der bisher keine Rechtssicherheit garantiert. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädieren wir

»Erfolgreiche
Entwicklung beugt
Krisen vor.«

dafür, diese Elemente der sozialen Marktwirtschaft unbedingt auch in Afrika zu verankern. Die deutsche und europäische Privatwirtschaft wollen wir ermuntern, stärker als bisher auch in Afrika zu investieren. Afrika wird im Jahr 2050 mehr Arbeitskräfte als China haben. Für die deutsche Wirtschaft ist das ein Potenzial sowohl auf der Absatzseite wie auch auf der Produktionsseite.

Der Aufbau afrikanischer Staaten ist ein langfristiger Prozess. Den Migrationsdruck spürt Europa aber schon jetzt. Wie kann man kurzfristig für Abhilfe sorgen?

Wir müssen den Menschen in Afrika vor allem schnell deutlich machen, dass ihre Regierungen und die internationale Gemeinschaft daran arbeiten, ihre Zukunft vor Ort nachhaltig zu verbessern. Ebenso müssen wir aber auch offen und ehrlich sagen, dass sie, ohne eine Verfolgung nachweisen zu können, keine Bleibeperspektive in Europa haben und sich daher gar nicht erst auf den gefährlichen Weg machen sollten.

Schutz für Menschen in Uniform

Für tätliche Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte gelten in Zukunft härtere Strafen

Für Polizisten gehören Beleidigungen wie »Bullenschweine«, »Arschlöcher« oder »Penner« mittlerweile zum Dienstalltag. Aber es ist auch keine Seltenheit, dass sie geschubst oder bespuckt werden, dass sie Tritte oder Faustschläge abbekommen und sogar mit Steinen, Flaschen oder Feuerwerkskörpern beworfen werden. Besonders problematisch ist die Zunahme von Angriffen, die mit schweren Körperverletzungen enden. Kein Wunder, dass sich die Berliner Polizei jüngst ihren Frust über die »Angriffe auf Menschen in Uniform« auf Facebook von der Seele schrieb. Anlass war wieder mal ein Steinregen, der auf Streifenwagen im Einsatz niederging.

Der Schutz von Vollstreckungsbeamten, die buchstäblich ihren Kopf dafür hinhalten, damit Recht und Gesetz im Zweifel auch mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden können, ist ein Kernanliegen der Union. Denn hier geht es nicht zuletzt um die Handlungsfähigkeit des Staates: Wird beispielsweise ein Polizist im Dienst angegriffen, so gilt der Angriff nicht dem einzelnen Menschen, sondern dem Repräsentanten staatlicher Gewalt. Das gleiche gilt für Rettungskräfte wie Feuerwehrleute, Sanitäter und Mitarbeiter des Katastrophenschutzes. Auch ein Angriff auf sie ist gleichbedeutend mit einem Angriff auf die öffentliche Sicherheit, denn er kann einen Hilfseinsatz behindern oder sogar vereiteln.

Täter kommen nicht mehr mit Geldbußen davon

Auf Betreiben der Unionsfraktion hat der Bundestag am 17. Februar 2017 in erster Lesung entscheidende Verbesserungen zum Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften beraten.

Für den tätlichen Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten wird ein selbstständiger Tatbestand geschaffen; die Strafen werden verschärft. So können die Täter nicht mehr mit Geldbußen davonkommen. Ihnen droht nun mindestens drei Monate Haft. Die maximale Freiheitsstrafe wird von drei auf fünf Jahre angehoben.

Typische Beispiele für einen tätlichen Angriff sind Treten oder Schlagen. Die Strafverschärfung soll künftig bereits dann gelten, wenn ein Vollstreckungsbeamter in Ausübung seines Dienstes angegriffen wird. Es ist nicht mehr erforderlich, dass der Angriff in Zusammenhang mit einer konkreten Vollstreckungshandlung, zum Beispiel einer Festnahme oder Räumung, steht. Damit werden unvermittelte Attacken auf nichtsahnende Polizisten, die zum Beispiel Passanten befragen, Radargeräte aufstellen oder Unfälle aufnehmen, endlich strafrechtlich erfasst.

Bundespolicisten künftig mit »Bodycams«

Auch der besonders schwere Fall des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte wird schärfer gefasst. Zukünftig reicht es aus, dass der Täter oder ein Tatbeteiligter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, wenn er sich den Beamten widersetzt. Es kommt nicht mehr darauf an, ob er tatsächlich versucht, die Waffe auch zu benutzen. Neu ist darüber hinaus, dass die »gemeinschaftliche Tatbegehung« – also ein Angriff aus einer Gruppe heraus – in der Regel als besonders schwerer Fall anzusehen ist. Beide Verschärfungen gelten ebenso für tätliche Angriffe auf Rettungskräfte.

Darüber hinaus ist geplant, den Einsatz von Körperkameras, sogenannten Bodycams, bei der Bundespolizei zu ermöglichen. Auch das zeigt, dass der Schutz von Polizei- und Einsatzkräften für die Union oberste Priorität hat.



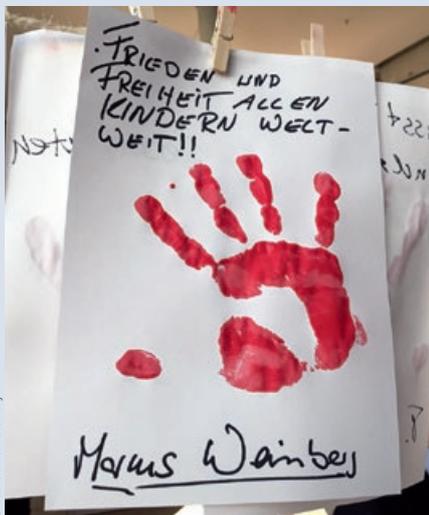
Auch bei Demonstrationen kommt es – wie hier im Oktober 2016 in München – immer wieder zu gewalttätigen Angriffen auf Polizeibeamte.

Neuer Bundespräsident gewählt

1.260 Delegierte aus Bundestag und Bundesländern wählten Frank-Walter Steinmeier am 12. Februar 2017 zum neuen Bundespräsidenten. Bundeskanzlerin Angela Merkel gratulierte. Sie sagte, dass Steinmeier »nicht irgendein Sozialdemokrat« sei, sondern der Sozialdemokrat, dem sie vertraue, dass er kraft seiner Erfahrung Deutschland gut vertrete.



© Tobias Koch



© Patricia Romanovsky

Aktionstag gegen Kindersoldaten

Immer noch werden nach Schätzungen der Vereinten Nationen weltweit rund 250.000 Kinder als Soldaten in Konfliktgebieten eingesetzt. Zum »Red Hand Day« am 15. Februar 2017 beteiligten sich zahlreiche Abgeordnete im Bundestag an einer Protestaktion. Mit einem roten Händeabdruck und individuellen Botschaften unterstützten die Abgeordneten den Aktionstag gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten.

Christliche Werte als Basis christdemokratischer Politik

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das christliche Menschenbild Grundlage ihrer Politik. Davon leitet sich der Auftrag ab, sich für die Zukunft der Christen, aber auch anderer Religionen einzusetzen. Am 13. Februar 2017 tauschte sich der Kirchenbeauftragte der Unionsfraktion, Franz Josef Jung (CDU), mit seinen Pendanten aus den Ländern aus. Es ging unter anderem um die Rolle muslimischer Vereine und Organisationen, um den bekenntnisorientierten Religionsunterricht und um die Idee, den Schülerbesuch von Gedenkstätten des Holocausts verpflichtend zu machen.



© Steven Röbler

Der Zukunft zugewandt

Die Junge Gruppe achtet auf Generationengerechtigkeit

Weiter denken, langfristige Konsequenzen abwägen, Lösungen entwickeln: Seit mehr als 25 Jahren liefert die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anstöße, die über die aktuelle Tagespolitik hinausgehen. Ein Paradebeispiel dafür war der Zukunftskongress »Deutschland 2050 – Gesellschaft. Mobilität. Arbeit.« im vergangenen Frühjahr, an dem neben Bundeskanzlerin Angela Merkel auch viele ehemalige Mitglieder der Jungen Gruppe teilnahmen. Im Mittelpunkt stand die Frage, welchen Beitrag die Politik auch in Zukunft für ein erfolgreiches und gutes Leben in Deutschland leisten kann. Julia Klöckner, Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, RWE-Vorstand Hildegard Müller, Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, und das Gründungsmitglied Ronald Pofalla (nunmehr Vorstand Deutsche Bahn) diskutierten mit Experten wie dem Chief Digital Officer von Volkswagen, Johann Jungwirth, und dem Präsidenten der Hochschule für Philosophie München, Johannes Wallacher, über Zukunftstrends. Sie alle tauschten sich darüber aus, wie Politik aussehen muss, damit unsere Werte – Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung – gewahrt bleiben und gleichzeitig eine erfolgreiche Zukunft gelingt.

Damit politische Entscheidungen akzeptiert werden und langfristig tragen und erfolgreich wirken, ist das gemeinsame Ringen um gute Lösungen gerade im erweiterten Kontext nötig. Die 25 jungen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion organisieren daher auch einen jährlichen Austausch mit jungen Landtags- und Europaabgeordneten von CDU und CSU. An dieser Netzwerktagung nimmt regelmäßig auch die Bundeskanzlerin teil.

Bei dem vergangenen Treffen hat die Junge Gruppe mit der »Zukunft Europas« bewusst ein für die Jugend besonders relevantes Thema aufgegriffen und einen intensiven Gedankenaustausch mit EVP-Fraktionschef Manfred Weber geführt. Bei dem anschließenden Besuch in Brüssel konnten die Fragen mit hochrangigen Mitgliedern der EU-Kommission wie Jean-Claude Juncker und Günther Oettinger und Mitgliedern der EVP-Fraktion weiter vertieft werden. Auch der Austausch mit dem österreichischen Außenminister Sebastian Kurz, mit ESM-Chef Klaus Regling und Mitgliedern der JU und CDU Brüssel war sehr gewinnbringend.

Aber auch bei innenpolitischen Themen erledigt die Junge Gruppe ihre »Hausaufgaben«. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Zukunftschancen. Neben Digitalisierung und jungem Unternehmertum ist die generationengerechte Altersversorgung zentraler Dreh- und Angelpunkt der Arbeit. Die Junge Gruppe hat sich gegen weitere beitragsfinanzierte Mütterrentenpunkte ausgesprochen und darauf hingewiesen, dass eine Altersversorgung immer alle drei Säulen umfassen muss. Betriebsrenten müssen fest berücksichtigt werden; sie sind gemeinsam mit privater Vorsorge der Grundstein für Wohlstand im Alter. Beim Drei-Säulen-Modell fordert sie ein Zulagenmodell, das es – insbesondere für Geringverdiener und Kleinunternehmer – attraktiv macht, in betriebliche Altersversorgung und privat zu investieren.

Die Junge Gruppe investiert aber auch in die eigene Zukunft: Sie unterstützt junge Kandidaten, damit die Unionsfraktion diejenige bleibt, die das Wohl der jungen und zukünftiger Generationen fest im Blick hat.



Gedankenaustausch: Katrin Albsteiger und der Vorsitzende der Jungen Gruppe, Steffen Bilger (r.) im Gespräch mit EVP-Fraktionschef Manfred Weber.

Haushaltsüberschuss fließt in Rücklage

Fragen und Antworten zum Nachtragshaushalt 2016 – Union hätte Schuldentilgung bevorzugt

Der Bundestag hat Mitte Februar den Nachtragshaushalt 2016 beschlossen. Über die Frage, wie der Haushaltsüberschuss in Höhe von 6,2 Milliarden Euro am besten verwendet werden sollte, war zuvor heftig gerungen worden. »Fraktion direkt« erklärt die Hintergründe.

Wie kam es zu dem Haushaltsüberschuss von 6,2 Milliarden Euro?

Das ist zunächst ein Verdienst der klugen und umsichtigen Haushaltspolitik von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der auf Ausgabendisziplin setzt. Außerdem sorgt das solide wirtschaftliche Wachstum für höhere Steuereinnahmen. Die Ausgaben für Zinsen sind ebenfalls rückläufig. Bereits das dritte Jahr in Folge erzielt der Bund so einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung; bereits das zweite Jahr verzeichnet er einen Haushaltsüberschuss.

Was passiert mit dem Haushaltsüberschuss?

Das Haushaltsgesetz sieht vor, dass der Überschuss in die Rücklage zur Finanzierung der Flüchtlingskosten geht. Daran wurde mit dem Nachtragshaushalt 2016 auch nichts geändert. Für eine andere Verwendung hätte das Haushaltsgesetz geändert werden müssen. Die Union hatte sich dafür ausgesprochen, den Haushaltsüberschuss zur

Tilgung von Schulden einzusetzen. Dies scheiterte allerdings am Widerstand des Koalitionspartners.

Warum wäre Schuldentilgung die bessere Lösung gewesen?

Wer Schulden senkt, verringert die finanziellen Belastungen für die zukünftige Generation. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Außerdem wird die Phase der historischen niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt, von denen der Bund derzeit profitiert, nicht ewig anhalten. Bereits jetzt beginnen die Zinsen zu steigen, was auch für Bundesanleihen gilt. Der Schuldendienst wird also wieder teurer.

Zudem liegt der deutsche Schuldenstand noch immer über dem Maastricht-Kriterium von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Selbst der von der SPD häufig zitierte Ökonom John Maynard Keynes hat gelehrt, dass ein Staat in guten Zeiten Schulden abbauen soll.

Warum wird der Überschuss nicht für Investitionen verwendet?

Die beliebte Forderung nach mehr Investitionen – zum Beispiel in die Infrastruktur – geht an der Sache vorbei. Hier fehlt es nicht an Geld, sondern an Planungskapazitäten. Aus diesem Grund konnten im Jahr 2016 Gelder in Höhe von insgesamt 1,8 Milliarden Euro nicht abgerufen werden.

Wie haben sich die Ausgaben für Investitionen im Bundeshaushalt entwickelt?

Die Investitionen befinden sich im Jahr 2017 mit rund 36,1 Milliarden Euro auf einem historisch hohen Niveau. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Plus von 6,8 Milliarden Euro bzw. gut 23 Prozent. In den Jahren 2016 bis 2018 fließen zusätzliche Investitionsmittel in die Verkehrswege, den Breitbandausbau, den Hochwasserschutz und den Städtebau. Darüber hinaus entlastet der Bund die Länder und Kommunen mit rund 90 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode. Die frei werdenden Mittel können verstärkt für Investitionsprojekte vor Ort eingesetzt werden.

Können wir dauerhaft mit Haushaltsüberschüssen rechnen?

Es gibt eine Vielzahl von Unwägbarkeiten für die Haushaltsentwicklung. Hierzu zählen geopolitische Risiken, aber auch die politischen Unsicherheiten in Europa, zum Beispiel die Folgen des Brexits. Daher ist es richtig, beim Haushalt weiterhin auf Sicht zu fahren und Überschüsse zur Schuldentilgung einzusetzen.

 Bundestagsdrucksache
18/11170

Das Wirtschaftswachstum kommt bei den Menschen an. Das geht aus dem Jahreswirtschaftsbericht 2017 hervor. Mit **6,1** Prozent liegt die Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich laut Projektion des Bundeswirtschaftsministeriums in diesem Jahr um **320.000** auf **43,8** Millionen Menschen erhöhen, was ein neuer Jobrekord ist. Genauso positiv: **31,37** Millionen Menschen sind sozialversicherungspflichtig angestellt. Auch die Wirtschaft brummt: 2017 wird das Bruttoinlandsprodukt um **1,4** Prozent steigen. Gleichzeitig stiegen die realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer seit 2013 durchschnittlich um mehr als **1,5** Prozent pro Jahr. Im Jahr 2017 hat ein Arbeitnehmer im Durchschnitt über **2.000** Euro mehr im Portemonnaie als noch 2013.

Die EU-Mitgliedsländer müssen enger zusammenrücken

Von Anton Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)

In den USA hat ein neuer Präsident sein Amt angetreten, der aus dem universellen, allseitigen Konsens ausbricht und offen den Wert von Amerikas Bündnisbeziehungen sowie den Nutzen des Freihandels und der Globalisierung anzweifelt. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen unseres Landes mit den Vereinigten Staaten steht für uns nun viel auf dem Spiel. Hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland hängen davon ab, dass europäische Unternehmen ihre Produkte in den USA verkaufen können und dass US-amerikanische Unternehmen in Europa investieren.

Vor rund zwei Jahren lösten die USA unseren unmittelbaren Nachbarn Frankreich sogar als wichtigstes Zielland für deutsche Ausfuhren ab. Diese enge wirtschaftliche Bindung führt dazu, dass eine neue Wirtschaftspolitik von Präsident Trump bei deutschen Unternehmen tiefe Spuren hinterlassen wird: Es besteht zum einen die Gefahr, dass Exporte in die USA direkt leiden, sollte die neue US-Administration das Land in Zukunft wirtschaftlich abschotten. Ebenso bedrohlich sind aber die Zweit- und Drittrundeneffekte. Beispielsweise würde auch die Nachfrage nach deutschen Produkten insgesamt sinken, sollte sich die US-Wirtschaft aufgrund falscher wirtschaftspolitischer Entscheidungen mittel- oder langfristig auf Talfahrt begeben. Es ist also für uns in Deutschland in doppelter Hinsicht entscheidend, welchen Weg der neue US-Präsident einschlägt.

WTO-Regeln einhalten

Bei einer willkürlichen Verhängung von Zöllen gegenüber einzelnen Unternehmen oder Ländern würde der neue Präsident allerdings in Konflikt mit der WTO geraten. Die Vereinigten Staaten sind Mitglied der Welthandelsorganisation und müssen sich grundsätzlich an deren Regeln halten. WTO-Mitglieder sind demnach nicht frei darin, den Zugang zu ihrem Markt im Alleingang drastisch einzuschränken. Selbst die Verhängung von Strafzöllen unterliegt einem Korsett von Regeln. Viele der Ankündigungen Trumps lassen sich also ohne Regelbruch kaum realisieren. Sollte Präsident Trump dennoch diese roten Linien austesten wollen, gilt es gemeinsam, also Politik und Wirtschaft, stark aufzutreten und harte Antworten zu formulieren.

Auch ein Handelskrieg der USA mit China hätte überwiegend negative Auswirkungen auf deutsche Exporte. Denn in Zuge dieser Auseinandersetzung würde sich das Wirtschaftswachstum in China merklich verschlechtern. Das ist fast sicher, da die USA derzeit mit Abstand der bedeutendste Handelspartner Chinas sind. Ein Rückgang des chinesischen Wirtschaftswachstums würde dazu führen, dass auch die Nachfrage in China nach deutschen Gütern zurückginge. Eine weltweite Rezession wäre unausweichlich.



© Annett Weizer

»Ich warne davor, Präsident Trump nicht ernst zu nehmen.«

Ich habe die Hoffnung, dass die Einführung von »America first« als Staatsräson sowie die angekündigten Alleingänge der USA in der Handelspolitik genug Anlass für die Mitgliedstaaten der EU sein werden, wieder stärker zusammenzurücken.

Denn nur als ein starker, einheitlicher Wirtschaftsraum sind die Mitglieder der EU in der Lage, den handelspolitischen Muskelspielen eines Donald Trump zu widerstehen. Denn selbst nach einem Brexit ist der europäische Markt um 127 Millionen Konsumenten größer als derjenige der USA.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Zusammenhang mit der Amtseinführung von Donald Trump einen harten Kampf für internationalen Freihandel und Offenheit der Märkte angekündigt. Wir sollten sie nach Kräften darin unterstützen. Ich warne davor, Präsident Trump nicht ernst zu nehmen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

»Das Einheitsdenkmal erinnert an die glücklichste Zeit in der deutschen Geschichte. Wir sind froh, dass es nun gebaut wird.«

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kretschmer, zur politischen Einigung über den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

© Steven Rösler

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de

 [www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de

 www.youtube.com/cducusu

Fraktion direkt:
www.cducusu.de/fd

 twitter.com/cducusu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

 [www.instagram.com/
cducusubt](https://www.instagram.com/cducusubt)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducusu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducusu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

7. März 2017
Fraktionsoffene Sitzung
»Russische Einflussnahme im Ausland«
8. März 2017
Kongress »#PerspektiveDigital«
22. März 2017
Kongress »Gesund, aktiv und digital im Alter«
27. März 2017
Kongress »Gesundheitsberufe«
29. März 2017
Kongress »Innovationsstandort Deutschland«